



## **Innenausschuss**

### **12. Sitzung (öffentlicher Teil)\*)**

11. Mai 2006

Düsseldorf - Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 16:35 Uhr

Vorsitz: Winfried Schittges (CDU)

Protokollerstellung: Thilo Rörtgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

Seite

- 1 Neuordnung der Polizei;  
Wissenschaftlicher Evaluationsbericht zum Modellversuch „Andere  
Führungsstrukturen“ bei den Polizeipräsidien Aachen und Köln**

1

Vorlage 14/340

#### **In Verbindung damit:**

#### **Stand der Binnenorganisation im Bereich der Kreispolizeibehörden**

Vorlagen 14/210, 14/270, 14/343

Der Ausschuss führt ein Gespräch mit Professor Dr. Jürgen Weibler von der FernUniversität Hagen zum oben genannten Bericht.

Zum Punkt „Stand der Binnenorganisation im Bereich der Kreispolizeibehörden“ ergaben sich keine Wortmeldungen.

-----  
\*) nichtöffentlicher Teil mit TOP 8 siehe nöAPr 14/36

- 2 Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes und zur Änderung weiterer Vorschriften über die Organisation der Polizei** 13
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/929  
Stellungnahmen 14/193, 14/199, 14/203, 14/206, 14/212, 14/214, 14/215, 14/216, 14/217, 14/218, 14/223, 14/224, 14/229, 14/252  
Zuschriften 14/151, 14/216, 14/370  
Ausschussprotokoll 14/155
- Aussprache zur öffentlichen Anhörung und Abstimmung über eine Beschlussempfehlung zur 2. Lesung
- In Verbindung damit:**
- Sicherheitsarchitektur nicht gefährden - Verunsicherung bei Autobahnpolizei und Wasserschutzpolizei beenden!** 13
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/201
- Beratung und Abstimmung
- Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der SPD-Fraktion sowie bei Stimmenthaltung der Grünen-Fraktion lehnt der Ausschuss den Antrag der SPD-Fraktion ab.
- Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen sowie gegen die Stimmen der Oppositionsfraktionen stimmt der Ausschuss dem Gesetzentwurf zu.
- 3 Zweitens Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Schulrechtsänderungsgesetz)** 27
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/1572
- Der Ausschuss kommt überein, den Gesetzentwurf ohne Votum an den - federführenden - Ausschuss für Schule und Weiterbildung abzugeben.

- 4 Stalking bekämpfen und die Opfer wirksam schützen** 27
- Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1557
- Mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Grünen-Fraktion sowie bei Nichtbeteiligung der SPD-Fraktion empfiehlt der - mitberatende - Ausschuss dem - federführenden - Ausschuss für Frauenpolitik, den Antrag abzulehnen.
- 5 Erfahrungsbericht mit dem Informations- und Kriterienkatalog zu Fragen der ärztlichen Mitwirkung bei Rückführungen** 28
- Vorlage 14/460  
Bericht  
der Landesregierung
- Der Ausschuss führt eine Aussprache über den schriftlichen Bericht der Landesregierung.
- 6 Ergebnis der Alarmübungen im Zuge der Vorbereitung zur Fußballweltmeisterschaft** 29
- Vorlage 14/446  
- Bericht  
der Landesregierung
- Der Ausschuss führt eine Aussprache über den schriftlichen Bericht der Landesregierung.
- 7 Verschiedenes** 30
- Der Ausschuss kommt überein, sich bezüglich des Antrages „Beratungspflicht für Eltern junger Straftäter“ in der Drucksache 14/1546 nachrichtlich an einem Expertengespräch im Rechtsausschuss zu beteiligen.



### **3 Zweitens Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (2. Schulrechtsänderungsgesetz)**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/1572

- Verfahrensabsprache

Der **Ausschuss** kommt überein, den Gesetzentwurf ohne Votum an den - federführenden - Ausschuss für Schule und Weiterbildung abzugeben.

### **4 Stalking bekämpfen und die Opfer wirksam schützen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/1557

**Vorsitzender Winfried Schittges** teilt mit, dass der Ausschuss für Frauenpolitik mit der Federführung betraut worden sei.

**Dr. Karsten Rudolph (SPD)** lässt verlauten, laut Ausschussprotokoll gebe es eine Vereinbarung im Rechtsausschuss, dass man sich vor einer Abstimmung über den Antrag das „Bremer Modell“ und das Modell Nordrhein-Westfalens vorstellen lassen wolle. Er fände es sinnvoll, sich diesem Verfahren anzuschließen.

**Peter Biesenbach (CDU)** teilt mit, dass der Vorsitzende des Rechtsausschusses Kritik daran geübt habe, dass der Ausschuss für Frauenpolitik federführend für diesen Antrag zuständig sei. Seines Wissens habe der Rechtsausschuss über den Antrag abgestimmt. Er beantrage, auch im Innenausschuss über diesen Antrag abzustimmen.

**Gerd Stüttgen (SPD)** weist darauf hin, dass der Abgeordnete Dr. Orth nicht als Ausschussvorsitzender, sondern als Abgeordneter ein Schreiben an den Ausschuss für Frauenpolitik bezüglich der Ausschusszuständigkeit richten werde. Der Rechtsausschuss habe sich darauf verständigt, sich an einer Veranstaltung des Ausschusses für Frauenpolitik zu beteiligen, in der ihm das „Bremer Modell“ vorgestellt werde. Er rege an, dass sich auch der Innenausschuss an dieser Veranstaltung beteilige.

**Dr. Karsten Rudolph (SPD)** hält es für unlogisch, sich auf der einen Seite über das „Bremer Modell“ und die Handhabung des Innenministeriums zu informieren und auf der anderen Seite vorher über den Antrag abzustimmen. Insofern plädiere er dafür, die weitere Beratung über den Antrag zurückzustellen.

